

2. Sitzung vom Montag, 16. Mai 2022, 19.00 Uhr, im ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend: **Stadtparlament**
26 Mitglieder

Stadtrat
Mark Eberli, Stadtpräsident
Daniel Ammann
Dr. Walter Baur
Virginia Locher
Rudolf Menzi
Andrea Spycher
Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Entschuldigt: Rosa Guyer
Stephan Ziegler
Dominic Kleiber kommt mit 30 Minuten Verspätung

Hanspeter Lienhart, Stadtrat
Lorenz Bönicke, Stadtschreiber-Stv.
Marc Hottinger, Weibel

Vorsitz: Philemon Abegg, Parlamentspräsident

Protokoll: Nathalie Zollinger, Parlamentssekretärin

Weibelin: Manuela Hegi

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Auszählung des Stadtparlaments

Der Vorsitzende bittet die Stimmzählenden, das Stadtparlament auszuzählen.

Die Auszählung ergibt 25 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.

Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Es gibt keine Bemerkungen zur Traktandenliste und es liegen keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor. Somit wird die Traktandenliste wie folgt genehmigt:

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. April 2022
2. Wahlen:
 - a) Mitglieder des Wahlbüros
 - b) Mitglieder der Sozialhilfebehörde
3. Postulat von Stephan Blättler und Mitunterzeichnenden "Parkplatzersatz" – Antwort Stadtrat
4. Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse des Stadtparlaments
5. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
6. Diverses
 - a) Stadtrat Ruedi Menzi: Vorstellung Alterskonzept 2022-2028



Eingang von neuen Vorstössen

Dominik Berner hat am 2. Mai 2022 die **Anfrage "Förderung der lokalen Solarstromproduktion"** eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben diese bereits erhalten und die Anfrage entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

"In Bülach ist noch viel ungenutztes Potential für kleine und mittlere Photovoltaik-Anlagen vorhanden. Mehrere Gemeinden in Kanton Zürich bieten bereits zusätzlich zu den bestehenden Förderungen von Bund und Kanton eigene Förderprogramme für den Bau von PV-Anlagen an. Beispiele dafür sind das «Kraftwerk Zimmerberg» (<https://kraftwerk-zimmerberg.ch/>) der Gemeinden Adliswil, Thalwil und Wädenswil oder das geplante Förderprogramm der Gemeinde Embrach: (<https://www.nau.ch/ort/embrach/kraftwerk-zurcher-unterland-solarstrom-fur-embrach-66150562>)

Fragen:

1. Fanden in der Vergangenheit oder finden aktuell Gespräche zwischen dem Stadtrat und allfälligen Partner zu ähnlichen Projektideen zur Förderung der lokalen Solarstromproduktion statt?
2. Falls Ja, wie ist der aktuelle Stand der Gespräche?
3. Plant der Stadtrat ein oder mehrere Projekte zu konkretisieren?
4. Falls Ja, welche Projekte sind das und wie ist der aktuelle Plan zur Realisierung?"

Gemäss Art. 53a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments hat der Stadtrat ab dem Zeitpunkt der Verlesung zwei Monate Zeit, die Anfrage zu beantworten.

Britta Müller-Ganz hat am 12. Mai 2022 die **Anfrage "Tiefenlager radioaktive Abfälle Nördlich Lägern"** eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben diese bereits erhalten und die Anfrage entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

"Das Bundesamt für Energie (BfE) hat angekündigt, dass mit der Bekanntgabe der Standorte für die Tiefenlager für radioaktive Abfälle voraussichtlich im Herbst 2022 auch die Verhandlungen mit den Gemeinden der Standortregion (sowie Standortkanton) zur finanziellen Abgeltung beginnen werden. Für die Region Nördlich Lägern besteht erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass diese als Standort für ein Tiefenlager bestimmt wird.



1. Wie gedenkt sich der Stadtrat auf allfällige Verhandlungen zur finanziellen Abgeltung vorzubereiten?
2. Gibt es Überlegungen mit den weiteren Gemeinden der Standortregion eine Verhandlungsstrategie zu entwickeln?
3. Gedenkt die Stadt Bülach für diese Verhandlungen (Strategie, Ziele, Verfahren) professionelle Unterstützung beizuziehen?"

Gemäss Art. 53a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments hat der Stadtrat ab dem Zeitpunkt der Verlesung zwei Monate Zeit, die Anfrage zu beantworten.

Der Vorsitzende merkt an: "Bei der Vorbereitung der Sitzung ist aufgefallen, dass bei der Beantwortung der Anfragen ein Widerspruch in der Geschäftsordnung besteht. Die Geschäftsleitung wird sich an der nächsten Sitzung damit befassen."

Vor Beginn der heutigen Sitzung haben **Thomas Obermayer und Mitunterzeichnende das Postulat "Ersatz Grundsatzbeschlüsse"** eingereicht.

Wortlaut:

"Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Grundsatzbeschlüsse mit einem effektiveren Instrument ersetzt werden können, damit zukünftig vom Stadtparlament beschlossene Stossrichtungen auch tatsächlich vom Stadtrat eingehalten werden."

Begründung:

"Die Grundsatzbeschlüsse vom Stadtparlament werden, wenn überhaupt, lediglich zu Beginn der Legislatur im Rahmen der neuen Legislaturziele des Stadtrates berücksichtigt. Für die restlichen vier Jahre werden die Beschlüsse nicht mehr beachtet. Der aktuelle Detailgrad verhindert ausserdem eine sinnvolle Diskussion über die vom Parlament gewünschte Ausrichtung der Stadt. Des Weiteren können nicht alle Grundsatzbeschlüsse eingehalten werden, dies ist selbst dem Parlament beim Beschluss bewusst. Demzufolge soll dieses Instrument in eine Variante geändert werden, die entweder auf einer anderen Flughöhe operiert, oder mindestens im Umfang eingegrenzt ist. Denkbar wäre ebenfalls eine Honorierung oder Sanktionierung bei Erfüllung bzw. Nichterfüllung."

Das Postulat von der Geschäftsleitung noch auf seine Rechtmässigkeit überprüft.



Beantwortung von Vorstössen

Der Stadtrat hat am 6. April 2022 mit SRB-Nr. 101 die **Anfrage von Matthias Maag und Mitunterzeichnenden betr. "Kosten Strafverfahren Roland Engeler/Daniel Wülser und Hanspeter Lienhart gegen Stefan Basler"** beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlamentes zugestellt und ist Beilage zum Protokoll dieser Parlamentssitzung (Beilage 1).

Der Stadtrat hat am 20. April 2022 mit SRB-Nr. 119 das **Postulat von Stephan Blättler und Mitunterzeichnenden "Parkplatzersatz"** beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlamentes zugestellt. Die Behandlung der Antwort wurde als Traktandum 3 der heutigen Sitzung traktandiert.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 11. April 2022

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll.

Abstimmung Genehmigung Protokoll

Das Stadtparlament genehmigt das Protokoll einstimmig.

Traktandum 2

Wahlen

a) Mitglieder des Wahlbüros

Die Geschäftsleitung des Stadtparlamentes beantragt gestützt auf Art. 57 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Bülach, die Mindest-Mitgliederzahl für das Wahlbüro auf 55 festzulegen. Damit nicht bei jeder Mutation neue Leute gewählt werden müssen, wird jedoch beantragt, gleich alle Nominierten zu wählen.



Die Mitglieder des Stadtparlaments haben die Liste mit den 64 Kandidaturen mit den Sitzungsunterlagen erhalten.

Der Vorsitzende bittet Reto Zumstein, Präsident der IFK, um Bekanntgabe des Wahlvorschlages für die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros.

Reto Zumstein: "Die IFK empfiehlt, alle aufgelisteten Kandidierenden ins Wahlbüro zu wählen."

Der Vorschlag wird aus dem Parlament nicht vermehrt.

Abstimmung Mindestanzahl Mitglieder

Das Stadtparlament legt die Mindestmitgliederzahl des Wahlbüros einstimmig auf 55 fest.

Der Vorsitzende schlägt vor, alle Mitglieder des Wahlbüros in globo zu wählen. Dagegen gibt es keine Einwände aus dem Parlament.

Wahl Mitglieder des Wahlbüros

Das Stadtparlament wählt einstimmig alle 64 Kandidierenden als Mitglieder ins Wahlbüro für die Amtsdauer 2022-2026.

Der Vorsitzende gratuliert allen neuen und bisherigen Wahlbüromitgliedern zur Wahl.

b) Mitglieder der Sozialhilfebehörde

Für die vier zu wählenden Mitglieder der Sozialhilfebehörde sind bisher sechs Kandidaturen eingegangen, zwei bisherige und vier neue:

- Basler Stefan, SVP (bisher)
- Berner Karin, SP (neu)
- Dietrich Belma, die Mitte (neu)
- Elmiger Max, Grüne (neu)
- Maggetti Marco, FDP (bisher)
- Simon Nina, parteilos (neu)



Der Vorsitzende fragt Reto Zumstein, Präsident der IFK, ob die IFK dem Stadtparlament einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.

Reto Zumstein: "Die IFK kann dem Parlament keinen gemeinsamen Wahlvorschlag unterbreiten."

Da kein Wahlvorschlag unterbreitet werden kann, bittet der Vorsitzende die Fraktionen zu melden, welche Kandidierenden sie zur Wahl vorschlagen.

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): "Wir schlagen Max Elmiger vor und wir stellen einen Antrag auf geheime Wahl."

Der Vorsitzende informiert: "Wir werden vor der Wahl darüber abstimmen, ob die Wahl geheim durchgeführt werden soll."

Dominik Berner (SP): "Die SP schlägt Karin Berner vor."

Thomas Obermayer (SVP/EDU): "Die SVP/EDU-Fraktion schlägt Stefan Basler, Belma Dietrich, Marco Maggetti und Nina Simon vor."

Reto Zumstein (GLP/EVP/die Mitte): "Die Fraktion GLP/EVP/die Mitte schlägt die beiden bisherigen Stefan Basler und Marco Maggetti sowie von der Partei die Mitte Belma Dietrich vor."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende: "Wir kommen somit zur Abstimmung über die geheime Wahl. Gemäss Art. 44 Abs. 4 muss die Wahl geheim durchgeführt werden, wenn dies mindestens neun Parlamentsmitglieder verlangen."

Abstimmung geheime Wahl

Das Stadtparlament beschliesst mit 17 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen die geheime Wahl.



Der Vorsitzende bittet die Weibelin, die Wahlzettel für die geheime Wahl der Mitglieder der Sozialhilfebehörde auszuteilen und erläutert das Vorgehen der Wahl bei mehr als 4 vorgeschlagenen Kandidierenden:

- Jedes Parlamentsmitglied hat 4 Stimmen zu vergeben.
- Bei Wahlen gilt im ersten und im zweiten Wahlgang das absolute Mehr und danach das relative Mehr (§ 31 Ziff. 3 lit. b GG).
- Der Parlamentspräsident wählt mit und hat bei Stimmengleichheit den Stichentscheid (Art. 46 Abs. 4 GeschO).
- Für die Berechnung des absoluten Mehrs sind die abgegebenen Stimmen massgebend. Diese Zahl wird durch die doppelte Zahl der zu besetzenden Stimmen geteilt, heute also durch 8. Die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.

Der Vorsitzende bittet die Parlamentsmitglieder, die Wahlzettel auszufüllen. Dann bittet er die Weibelin, die Wahlzettel mit der Urne einzusammeln und nach vorne zum Auszähltisch zu bringen. Der Vorsitzende bittet die Stimmenzählenden, nach vorne zu kommen. Die Weibelin wird gebeten, die Urne zu leeren. Der Vorsitzende bittet die Stimmenzählenden, die Wahlzettel zu sortieren, die Stimmen zu zählen und die Auswertung zu notieren.



1. Wahlgang Sozialhilfebehörde

	Anzahl Stimmen	Gewählt
Ausgeteilte Wahlzettel	25 Wahlzettel	
Eingegangene Wahlzettel	25 Wahlzettel	
Basler Stefan, SVP (bisher)	17	Ja
Berner Karin, SP (neu)	16	Ja
Dietrich Belma, die Mitte (neu)	16	Ja
Elmiger Max, Grüne (neu)	9	Nein
Maggetti Marco, FDP (bisher)	17	Ja
Simon Nina, parteilos (neu)	9	Nein
Leer	16	
Ungültig	0	
Massgebende Stimmen	84	
:8, aufrunden od. + 1 = absolutes Mehr	11	

Folgende Kandidierenden haben im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreicht und sind als Mitglieder der Sozialhilfebehörde für die Legislatur 2022/2026 gewählt:

- Basler Stefan, SVP (bisher)
- Berner Karin, SP (neu)
- Dietrich Belma, die Mitte (neu)
- Maggetti Marco, FDP (bisher)

Der Vorsitzende gratuliert den Gewählten zur Wahl.



Traktandum 3

Postulat von Stephan Blättler und Mitunterzeichnenden "Parkplatzersatz" – Antwort Stadtrat

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 20. April 2022 (SRB-Nr. 119) fristgerecht das Postulat von Stephan Blättler und Mitunterzeichnenden „Parkplatzersatz“ beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments zugestellt.

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, vom Bericht zum Postulat Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt von der Pendenzenliste abzuschreiben.

Der Vorsitzende fragt Stephan Blättler an, ob er zum Bericht des Stadtrates Bemerkungen anzubringen hat.

Stephan Blättler: "Am 15. November 2021 hat das Stadtparlament das Postulat mit dem Titel «Parkplatzersatz» dem Stadtrat überwiesen, der übrigens auch bereit gewesen wäre, es entgegenzunehmen. Es lautete:

„Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen und Massnahmen umzusetzen bzw. nötigenfalls dem Stadtparlament zur Umsetzung vorzuschlagen, damit:

- *Die Anzahl der mit Parkuhren bzw. ParkApps auf öffentlichem Grund bewirtschafteten Autoparkplätze keinesfalls vermindert wird,*
- *Die Anzahl der übrigen gemäss Parkierungsverordnung bewirtschafteten Autoparkplätze auf öffentlichem Grund nicht vermindert und im Falle neuer Strassen erhöht wird.“*

Die stadträtliche Antwort vom 20. April 2022, so wie ich es sehe, lautet wie folgt:

Zusätzlicher Parkraum: Da der öffentliche Raum begrenzt ist und der öffentliche Grund von zahlreichen Ansprüchen überlagert wird, sind die Möglichkeiten, neuen Parkraum zu schaffen, sehr begrenzt. In Zukunft wird dieser Druck zunehmen und mit zusätzlichem öffentlichem Grund ist nicht zu rechnen. Möglichkeiten für zusätzlichen Parkraum werden jedoch laufend geprüft. Als Beispiele bei Bauprojekten wie Sonnenhof, Grampen, Überbauung Postrasse 15, Herti. In den meisten Fällen stellt sich jedoch heraus, dass diese Parkplätze nicht wirtschaftlich rentabel erstellt und betrieben werden können. Nein, werden einige sagen, die Antwort ist doch viel umfassender. Wenn man es aber genauer anschaut, bestehen die ersten 2 1/2 Seiten aus Abstraktem, das darüber hinwegtäuscht, wie dürftig die Antwort ist. Ich stelle fest: Mit Bezug auf das Kernanliegen «Parkplatzersatz» schweigt sich die Antwort Stadtrates aus. Das finden wir unsorgfältig und wir fühlen uns nicht ernst genommen. Die Antwort betreffend zusätzlichen Parkraum bleibt völlig schwammig. In dieser Hinsicht ist diese Antwort qualitativ



unbefriedigend. Laut Stadtrat ist die Rentabilität in diesem Bereich der Verkehrsinfrastruktur offenbar ein Killerkriterium. Dazu habe ich drei Anmerkungen. Erstens die Frage: Ist das Problem jetzt die Rentabilität oder der angeblich nicht vorhandene Raum? Zweitens: mir ist neu, dass Verkehrsinfrastruktur rentabel, also gewinnbringend sein muss. Drittens: Nachdem das aber offenbar so ist, bin ich gespannt auf die Rentabilitätsberechnungen von anderen, zukünftigen Verkehrsinfrastrukturprojekten. Ich will mein Votum aber nicht künstlich verlängern. Aber wie heisst es so schön: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Wir sind enttäuscht, vielleicht auch verärgert über diesen Umgang mit unserem Postulat. Aber wir wissen auch: Mit einem Postulat wird der Stadtrat eingeladen, etwas zu prüfen. Nachdem er jetzt die Einladung implizit abgelehnt hat, kann man das Postulat abschreiben."

Das Stadtparlament hat gemäss Art. 55a Abs. 10 der Geschäftsordnung über Zustimmung oder Ablehnung zu beschliessen. Bei Zustimmung ist das Postulat als erledigt abzuschreiben. Im Falle der Ablehnung gilt das Postulat ebenfalls als abgeschlossen, sofern das Parlament den Stadtrat nicht verpflichtet, innert 3 Monaten einen Ergänzungsbericht vorzulegen.

Abstimmung über Zustimmung oder Ablehnung

Das Stadtparlament stimmt dem Bericht des Stadtrats mit 20 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Das Postulat wird als erledigt abgeschlossen.

Traktandum 4

Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse

Nach den Gesamterneuerungswahlen erfolgt die Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse durch das Stadtparlament gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung in der ersten Sitzung nach seiner Konstituierung.

Die Geschäftsleitung hat die Mitglieder des Stadtparlaments gebeten, die Grundsatzbeschlüsse zu überprüfen und allfällige Änderungsanträge beim Parlamentssekretariat einzureichen.

Alle eingegangenen Änderungsanträge wurden den Mitgliedern des Parlaments zugestellt, ebenso eine synoptische Darstellung aller Anträge. Die synoptische Darstellung wurde heute zudem in gedruckter



Form ausgeteilt. Der Vorsitzende wird die einzelnen Anträge daher nicht mehr vorlesen, sie werden bei der jeweiligen Abstimmung auf der Präsentation eingeblendet.

Fraktionserklärungen

Andreas Scheuss (Grüne): "Die Grüne Fraktion war in der Vergangenheit sehr skeptisch gegenüber den Grundsatzbeschlüssen. Es sind oft durch die Mehrheit der rechten Hälfte des Rates ganz prinzipiell und unbesehen konstruktive Anträge abgelehnt worden. Wir haben es im Postulat von Thomas Obermayer gehört: nun, da die Mehrheitsverhältnisse geändert haben, sollen die Grundsatzbeschlüsse genauer angeschaut und überprüft werden. Genau weil die Mehrheitsverhältnisse geändert haben, hat die Grüne Fraktion frühzeitig konstruktive Vorschläge eingebracht, in der Hoffnung, dass es diesmal anders wird. Die Hälfte der Parlamentsmitglieder ist neu und unbefangen, und hoffentlich offen für konstruktive Vorschläge. Ich möchte kurz auf ein paar unserer Anträge eingehen. Erstens: Es soll in den Grundsatzbeschlüssen die Herausforderungen der Netto-Null-Transformation und dem Erhalt und weiteren Förderung der Biodiversität aufgenommen werden. Diese beiden Generationen-Themen müssen auf allen Stufen der Politik und Gesellschaft angegangen werden. Gestern ist im Kanton Zürich mit zwei Drittel der Stimmen unter anderem das Netto-Null-Ziel in die Verfassung aufgenommen worden. Zweitens: Die Steuern, genauer der Steuerfuss, ist in Bülach ein verkrampftes Thema. In naher Zukunft werden sehr viele Investitionen nötig sein. Da kann man nicht von vornherein absolut ausschliessen, dass der Steuerfuss unangetastet bleibt. Nach Ansicht der Grünen Fraktion wäre ein solches Vorgehen blauäugig und nicht ehrlich. Wir haben deswegen eine relative Formulierung vorgeschlagen. Falls nötig werden Mitglieder unserer Fraktion in der Detailberatung das Wort ergreifen."

*** 19:30 Uhr Dominik Kleiber erscheint. ***

Der Vorsitzende bittet die Stimmzählenden, das Parlament neu auszuzählen. Die Auszählung ergibt 26 anwesende Parlamentsmitglieder, das absolute Mehr liegt neu bei 14 Stimmen.

Samuel Lienhart (SP): "Wir sind bei den Grundsatzbeschlüssen nicht ganz so optimistisch wie die Grünen. Seit ich im Stadtparlament bin wird alle vier Jahre neben der hitzigen inhaltlichen Debatte auch über Sinn und Unsinn dieser Grundsatzbeschlüsse debattiert. Für die SP-Fraktion sind die Grundsatzbeschlüsse nach wie vor eine Fehlkonstruktion. In der vorliegenden Form präsentieren sie weder einen Mehrwert fürs Stadtparlament noch lässt sich aus den Grundsatzbeschlüssen in irgendwelcher Form etwas verbindliches für den Stadtrat ableiten. Weiter greifen sie teilweise stark ins Operative ein,



was der ursprünglichen Idee der Grundsatzbeschlüsse widerspricht. Nach der Debatte verschwinden diese einfach wieder für vier Jahre ins Archiv. Da die Grundsatzbeschlüsse auch auf keiner rechtlichen Grundlage stehen, stellen sie bestenfalls eine Wunschliste dar, bei der alle vier Jahre etwas angepasst, verändert oder gestrichen wird. Die parlamentarische Arbeit findet nicht über die Grundsatzbeschlüsse statt, sondern nach wie vor über die Instrumente, die auch rechtlich abgestützt sind. Das sind Postulate, Initiativen, Motionen oder unsere Arbeit bei den jeweiligen Geschäften. Leider habe ich diese Fraktionserklärung ein paar Minuten vor dem Wissen vom Postulat von Thomas geschrieben. Es ist in der Vergangenheit verpasst worden, die Grundsatzbeschlüsse in eine Form zu bringen, damit diese dem Stadtparlament und dem Stadtrat wirklich dienen. Die SP-Fraktion wird sich aus diesem Grund auch dieses Jahr nicht an der Diskussion beteiligen. Wir werden uns konsequent bei allen Abstimmungen enthalten. Weiter unterstützen wir jede Bestrebung, diese Grundsatzbeschlüsse anzupassen oder abzuschaffen. Damit wir uns künftig vermehrt auf die eigentliche, politische Arbeit konzentrieren können. Auch wenn wir einige Anpassungen durchaus sinnvoll finden, ist es in der letzten Konsequenz richtig, dass wir uns enthalten. Wir möchten ihnen kein Gewicht zumessen, weil sie dieses nicht verdienen."

Britta Müller Ganz (FDP): "Die FDP-Fraktion sieht es nicht ganz so kritisch wie die SP. Wir glauben, dass die Grundsatzbeschlüsse sehr wohl die Grundhaltung des Parlaments zum Ausdruck bringen und dem Stadtrat für die kommenden vier Jahre eine Richtung vorgeben können. Wir haben uns darum bemüht, gewisse Anträge so zu formulieren, dass bei einzelnen Punkten eine Aktualisierung realisiert werden kann. Dort wo gewisse Ziele inzwischen erreicht worden sind, möchten wir neue Schwerpunkte setzen. Insofern bitte ich Sie, unsere Anträge zu prüfen und anzunehmen."

Peter Frischknecht (GLP/EVP/die Mitte): "Die Fraktion GLP/EVP/die Mitte hat sich mit der Thematik der Grundsatzbeschlüsse auseinandergesetzt. Ihr könnt euch vielleicht daran erinnern, dass die EVP vor vier Jahren gesagt hat, dass sie die Grundsatzbeschlüsse am liebsten abschaffen möchten. Wir wurden damals etwas überrollt, weil bereits ein praktisch fertiger Vorschlag der rechten Seite vorgelegt wurde und wir nicht mehr richtig Stellung nehmen konnten. Wir sind zwar nach wie vor der Meinung, dass man diese Grundsatzbeschlüsse überdenken und allenfalls das Vorgehen, wie heute angestossen wurde, anpassen muss. Wir haben aber auch gemerkt, dass dies ganz so kurzfristig nicht einfach möglich ist, weil diese in der Geschäftsordnung so verankert sind. Aus diesem Grund haben wir auch einen Vorschlag eingebracht, wie man aktuell am Anfang der Legislatur diese Grundsätze anpassen kann. Wir haben auch die übrigen eingegangenen Vorschläge diskutiert und angeschaut und werden heute vor allem die Varianten unterstützen, die ein Grundsatz darlegen und nicht ein Ziel. Unterstützen werden wir selbstverständlich auch die Streichung von erledigten Punkten. Wir haben interessanterweise



festgestellt, dass relativ wenig Differenzen in diesem Papier vorhanden sind, sodass wir uns, aus unserer Sicht, relativ schnell finden können."

Thomas Obermayer (SVP/EDU): "Das Postulat haben wir gehört. Die SVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Grundsatzbeschlüsse in dieser Form nicht mehr funktionieren. Das hat nichts mit Mehrheitsverhältnissen zu tun, sondern mit der Erkenntnis, dass diese nichts bringen. Aus diesem Grund haben wir keine Änderungsvorschläge eingereicht. Unsere Parlamentarier werden sich nicht alle enthalten, sondern so stimmen, wie sie persönlich entscheiden. Wir sind gespannt, was dabei herauskommt."

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Parlament.

Der Vorsitzende erläutert das Abstimmungsprozedere:

- Wir werden die Änderungsanträge der Reihe nach Kapiteln und Beschluss-Nr. durchgehen.
- Liegen mehr als 2 gleichgeordnete Anträge, die sich gegenseitig ausschliessen vor, werden alle nebeneinander zur Abstimmung gebracht; dabei kann jedes Mitglied nur für einen dieser Anträge stimmen.
- Einzubeziehen ist auch die behördliche Vorlage (resp. der betroffene Punkt der behördlichen Vorlage).
- Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit der anwesenden Mitglieder auf sich, scheidet der Antrag mit den wenigsten Stimmen aus. Bei Stimmgleichstand der Anträge mit den wenigsten Stimmen wird zuerst darüber abgestimmt, welcher dieser Anträge ausscheidet.
- In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge die Mehrheit der anwesenden Mitglieder erlangt, oder nur noch zwei Anträge zur direkten Gegenüberstellung verbleiben (Art. 49 GeschO).
- Ein Gegenmehr wird nicht ermittelt und Stimmenthaltungen haben keine Auswirkungen auf das Resultat.
- Über den letzten verbliebenen Antrag wird keine separate Schlussabstimmung durchgeführt. Er wird automatisch Bestandteil des bereinigten Hauptantrags, welcher seinerseits der Schlussabstimmung unterliegt.
- Zum Schluss stimmen wir über die bereinigten Grundsatzbeschlüsse des Stadtparlament 2022/2026 ab.



Es gibt keine Einwände gegen das Abstimmungsverfahren.

Der Vorsitzende hält nochmals fest, dass das absolute Mehr bei 14 Stimmen liegt.

Abstimmung Änderungsanträge nach Kapiteln

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. Einführung Kapitel "Global"

Der Änderungsantrag wird mit 7 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadt Bülach bekennt sich zu einem nachhaltigen (ökologisch, gesellschaftlich nutzbringend und ökonomischen) Umgang mit Ressourcen."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 11-Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadt Bülach informiert umfassend und transparent."

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.



Kapitel "Stadtentwicklung"

Abstimmung bisheriger Beschluss 1.,

Gegenüberstellung des bisherigen Beschlusses, des Änderungsantrages der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und des Änderungsantrags der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	2
"Die Entwicklung der Stadt erfolgt langfristig und koordiniert. Bis Ende der Legislaturperiode müssen die Areale für eine umfassende und langfristige Stadtentwicklung raumplanerisch bestimmt und im kommunalen Richtplan eingetragen sein (inkl. Gebiet Bülach Ost und Jakobstal)."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	12
"Die Entwicklung der Stadt erfolgt langfristig und koordiniert. Sie berücksichtigt nachhaltige, intelligente und umweltschonende Lösungen."	
Antrag FDP	6
"Die Entwicklung der Stadt erfolgt langfristig und koordiniert. Der kommunale Richtplan und die Bau- und Zonenordnung sind erneuert, sodass verdichtetes Bauen mit einer hochwertigen Aussenraumgestaltung kombiniert und in geeigneten Zonen ermöglicht wird. Zonen für Gewerbe und Dienstleistungen sind in ausreichendem Mass vorhanden."	
Enthaltungen	6

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 2 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.



2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte "Die Entwicklung der Stadt erfolgt langfristig und koordiniert. Sie berücksichtigt nachhaltige, intelligente und umweltschonende Lösungen."	12
Antrag FDP "Die Entwicklung der Stadt erfolgt langfristig und koordiniert. Der kommunale Richtplan und die Bau- und Zonenordnung sind erneuert, sodass verdichtetes Bauen mit einer hochwertigen Aussenraumgestaltung kombiniert und in geeigneten Zonen ermöglicht wird. Zonen für Gewerbe und Dienstleistungen sind in ausreichendem Mass vorhanden."	8
Enthaltungen	6

Das Stadtparlament hat mit 12 Stimmen dem Antrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion zugestimmt.



Abstimmung bisheriger Beschluss 2.,

Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und Änderungsantrag der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	0
"Im Bahnhof- und Herti-Gebiet soll verdichtetes Bauen in die Höhe gefördert werden. Der Anteil Arbeiten hat dabei Priorität."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	13
"Verdichtetes Bauen in die Höhe soll gefördert werden."	
Antrag FDP	9
Streichung Beschluss	
Enthaltungen	4

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 0 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.

2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte	13
"Verdichtetes Bauen in die Höhe soll gefördert werden."	
Antrag FDP	9
Streichung Beschluss	
Enthaltungen	4

Das Stadtparlament hat mit 13 Stimmen dem Antrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion zugestimmt.



Abstimmung Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf Einführung neuer Beschluss

"Der Begegnungsraum vom Untertor zum Bahnhof ist umgesetzt. Die Stadt sichert im Austausch mit der SBB eine verbesserte Nutzung des Bahnhofareals."

Der Änderungsantrag wird mit 3 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion auf Einführung neuer Beschluss

"Wohnen, Arbeiten und Freizeit liegen nahe beieinander und sind gut mit ÖV, zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar."

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadtentwicklung wird so gestaltet, dass weitere Zersiedlung verhindert und verdichtetes Bauen gefördert wird."

Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Es wird eine familienfreundliche, zukunftsgerichtete Stadtentwicklung mit einer optimalen Durchmischung der Wohnbevölkerung angestrebt."

Der Änderungsantrag wird mit 11 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen mit Stichentscheid des Vorsitzenden angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. Einführung neues Kapitel "Verkehr"

Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.



Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. bisheriger Beschluss 3

"Die Verbindungen sind für sämtliche Verkehrsteilnehmende attraktiv und sicher. Der Stadtkern mit seiner Altstadt ist aus allen Stadtteilen zu Fuss oder mit dem Velo gut und sicher erreichbar."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. bisheriger Beschluss 4

"Die Stadt verfügt über effiziente, sichere und behinderungsfreie Verkehrswege für alle Verkehrsformen und über ein Mobilitäts-Konzept, das sicherstellt, dass die Altstadt und andere Stadtteile attraktiv erreichbar sind."

Der Änderungsantrag der Grünen wird mit 10 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. Streichung bisheriger Beschluss 5

"Die Gelder aus den Parkplatzerersatzabgaben werden für Parkplätze eingesetzt."

Samuel Lienhart meldet sich zu Wort: "Im Erlass ist es geregelt, die Gelder sind zweckgebunden. Ich würde es auch gerne anders haben und euch gerne unterstützen, aber wenn man das herausstreicht, ändert das gar nichts an der rechtlichen Grundlage. Die Parkplatzfinanzierung ist im Moment zweckgebunden und darum komme ich noch einmal zurück auf mein Votum. So etwas muss doch mit unseren Instrumenten, die wir im Stadtparlament haben, geändert werden. So passiert gar nichts."

Der Änderungsantrag wird mit 7 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Die Verkehrssicherheit wird auf die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ausgerichtet."

Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.



Abstimmung Änderungsantrag der FDP auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadt verfolgt konsequent ihre Digital-/ICT-Strategie und ist darum besorgt, bestehende und künftige Dienstleistungen und Prozesse konsequent an dieser auszurichten."

Der Änderungsantrag wird mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der FDP auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadt nutzt in allen Abteilungen den intelligenten Einsatz technischer Lösungen und innovativer Prozesse («Smart Services» als Teil einer «Smart City») um die Lebens- und Standortqualität weiter zu erhöhen und den Ressourcenverbrauch zu schonen."

Der Änderungsantrag wird mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Kapitel II. Finanzen

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. bisheriger Beschluss 6

"Der Steuerfuss bleibt – unter Berücksichtigung des Investitionsbedarfs für den Erhalt und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur – stabil. Allfällige Überschüsse werden für die Schuldentilgung oder als Rücklagen für Investitionen verwendet und der finanzpolitischen Reserve zugewiesen."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen mit Stichentscheid des Vorsitzenden abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Notwendige und der Bevölkerung dienende Investitionen zur Erhaltung, zum sinnvollen Ausbau der Infrastruktur und zur Unterstützung einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung werden getätigt."

Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.



Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. bisheriger Beschluss 7
"Die Stadt hat einen ausgeglichenen Finanzhaushalt."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. bisheriger Beschluss 8
"Das Nettofinanzvermögen resp. die Nettofinanzschuld bewegt sich in einer Spanne von +/- 60 Mio. Franken. Investitionen sind entsprechend zu priorisieren."

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung bisheriger Beschluss 10.,
Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und
Änderungsantrag der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	0
<i>"Bülach schafft und unterhält im Hinblick auf den Bezug des Zentralen Verwaltungsgebäudes (ZVG) eine effiziente Struktur- und Ablauforganisation innerhalb der Verwaltung und zu externen Stellen."</i>	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	8
<i>"Bülach schafft und unterhält eine effiziente Struktur- und Ablauforganisation innerhalb der Verwaltung und zu externen Stellen."</i>	
Antrag FDP	11
<i>"Bülach schafft und unterhält eine effiziente Verwaltungsorganisation und nutzt Synergien mit externen Stellen."</i>	
Enthaltungen	7

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 0 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.



2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte "Bülach schafft und unterhält eine effiziente Struktur- und Ablauforganisation innerhalb der Verwaltung und zu externen Stellen."	10
Antrag FDP "Bülach schafft und unterhält eine effiziente Verwaltungsorganisation und nutzt Synergien mit externen Stellen."	10
Enthaltungen	6

Das Stadtparlament hat mit 10 Stimmen und dem Stichentscheid des Vorsitzenden den Antrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion angenommen.

Kapitel III. Wirtschaftsförderung

Abstimmung bisheriger Beschluss 12.,

Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und Änderungsantrag der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss "Das Wirtschaftsförderungskonzept ist in dieser Legislatur umzusetzen."	0
Antrag GLP/EVP/die Mitte "Bülach betreibt weiterhin eine aktive Wirtschaftsförderung."	12
Antrag FDP "Die Wirtschaftsförderung ist eine etablierte laufende Aufgabe der Stadt, das Engagement im Digital Health Center sichert die Ansiedlung von Unternehmen."	4
Enthaltungen	10

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 0 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.



2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte "Bülach betreibt weiterhin eine aktive Wirtschaftsförderung."	14
Antrag FDP "Die Wirtschaftsförderung ist eine etablierte laufende Aufgabe der Stadt, das Engagement im Digital Health Center sichert die Ansiedlung von Unternehmen."	4
Enthaltungen	8

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen den Antrag der GLP/EVP/die Mitte angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. Streichung bisheriger Beschluss 13

"Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung wird durch Landkäufe oder Landabtausche sichergestellt, wo dies vom Standort her sinnvoll ist."

Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Mit einem bewussten und klaren Standortmarketing werden Unternehmen in zukunftsorientierten Branchen nach Bülach gebracht."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Kapitel IV. Sport

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. bisheriger Beschluss 14

"Bülach sichert die Bereitstellung der Infrastruktur für Sport-, Kultur- und Freizeitangebote. Prioritär ist der Bedarf an Sportinfrastruktur festzulegen und etappiert im Erachfeld zu realisieren."

Der Änderungsantrag wird mit 6 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.



Kapitel V. Kultur

Abstimmung bisheriger Beschluss 16.,

Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und Änderungsantrag der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	0
"Der Ersatz für das Begegnungszentrum GUSS ist sichergestellt; eine PPP-Lösung wird favorisiert."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	12
"Der Ersatz für das Kulturzentrum Kantine und das Begegnungszentrum Hertilabor ist sichergestellt; eine PPP-Lösung wird favorisiert."	
Antrag FDP	10
Streichung Beschluss	
Enthaltungen	4

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 0 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.

2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte	12
"Der Ersatz für das Kulturzentrum Kantine und das Begegnungszentrum Hertilabor ist sichergestellt; eine PPP-Lösung wird favorisiert."	
Antrag FDP	10
Streichung Beschluss	
Enthaltungen	4

Das Stadtparlament hat mit 12 Stimmen dem Antrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion zugestimmt.



Abstimmung Änderungsantrag der FDP auf Einführung neuer Beschluss

"Das neue Kultur- und Begegnungszentrum wird autonom geleitet. Die Stadt bringt sich bedarfsorientiert ein."

Britta Müller-Ganz möchte den Antrag zuerst zurückziehen. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag nicht zurückgezogen.

Der Änderungsantrag wird mit 9 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Bülach unterstützt ein vielfältiges Kultur- und Vereinsleben in der Stadt."

Der Änderungsantrag wird mit 9 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Kapitel VI. Bildung

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stadt Bülach bekennt sich zu einem Zentrum mit attraktivem Bildungsangebot, insbesondere mit Volksschule, Berufswahlschule, Berufsschule und Kantonsschule."

Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.



Abstimmung bisheriger Beschluss 18.

Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion und Änderungsantrag der FDP-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	2
"Die Planung und Projektierung von Schulraum an bestehenden und neuen Standorten ist erfolgt. Eine auf die Schulraumplanung abgestimmte Finanzplanung zeigt die notwendigen finanziellen Mittel auf."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	10
"Die Projektierung und Realisierung von Schulraum an bestehenden und neuen Standorten erfolgen frühzeitig."	
Antrag FDP	7
"Der erforderliche Schulraum ist gebaut, der Raumbedarf ist als rollende Planung etabliert, Massnahmen für die Schaffung von Schulraum werden vorausschauend eingeleitet."	
Enthaltungen	6

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der bisherige Beschluss hat mit 2 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.

2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Antrag GLP/EVP/die Mitte	10
"Die Projektierung und Realisierung von Schulraum an bestehenden und neuen Standorten erfolgen frühzeitig."	
Antrag FDP	10
"Der erforderliche Schulraum ist gebaut, der Raumbedarf ist als rollende Planung etabliert, Massnahmen für die Schaffung von Schulraum werden vorausschauend eingeleitet."	
Enthaltungen	6

Das Stadtparlament hat mit 10 Stimmen und Stichentscheid des Vorsitzenden dem Antrag der FDP-Fraktion zugestimmt.



Abstimmung Änderungsantrag der Grünen betr. bisheriger Beschluss 20

"Für den neu zu schaffenden Schulraum haben nachhaltige (ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftlich nutzbringende) Kriterien einen hohen Stellenwert."

Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Kapitel VII. Umwelt

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. Umbenennung des Kapitels zu "Energie und Umwelt"

Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion auf Einführung neuer Beschluss
"Die Stadt betreibt eine aktive Energiepolitik und fördert erneuerbare Energien."

Der Änderungsantrag wird mit 13 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen Fraktion auf Einführung neuer Beschluss
"Die Stadt Bülach ist sich ihrer Rolle in der tiefgreifenden Transformation zu einer Netto-Null-Gesellschaft bewusst. Sie unterstützt aktiv die Klimastrategie des Kantons."

Der Änderungsantrag wird mit 11 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen Fraktion auf Einführung neuer Beschluss
"Die Stadt ergreift Massnahmen, um den Verlust an Biodiversität und die Verminderung der Qualität der Böden zu bekämpfen."

Der Änderungsantrag wird mit 11 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.



Kapitel VIII. Liegenschaften

Abstimmung bisheriger Beschluss 22.,

Gegenüberstellung bisheriger Beschluss, Änderungsantrag der Grünen und Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	5
"Die Stadt Bülach erarbeitet ein Liegenschaftskonzept, das aufzeigt, nach welchen Kriterien Liegenschaften zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen sind und setzt dieses um."	
Antrag Grüne	4
"Die Stadt betreibt eine aktive Liegenschaftspolitik. Sie zeigt auf, nach welchen Kriterien Liegenschaften zu kaufen, zu halten oder im Baurecht abzugeben sind."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	13
"Die Stadt betreibt eine aktive Liegenschaftspolitik. Sie zeigt auf, nach welchen Kriterien Liegenschaften zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen sind."	
Enthaltungen	4

Es hat kein Antrag das absolute Mehr erreicht. Der Antrag der Grünen hat mit 4 Stimmen am wenigsten Stimmen erreicht und scheidet aus.



2. Abstimmungsgang

	Stimmen
Bisheriger Beschluss	5
"Die Stadt Bülach erarbeitet ein Liegenschaftskonzept, das aufzeigt, nach welchen Kriterien Liegenschaften zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen sind und setzt dieses um."	
Antrag GLP/EVP/die Mitte	13
"Die Stadt betreibt eine aktive Liegenschaftspolitik. Sie zeigt auf, nach welchen Kriterien Liegenschaften zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen sind."	
Enthaltungen	8

Das Stadtparlament hat mit 13 Stimmen dem Antrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion zugestimmt.

Kapitel IX. Soziales

Abstimmung Änderungsantrag der Grünen Fraktion auf Einführung neuer Beschluss

"Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwachen."

Der Änderungsantrag wird mit 6 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. bisheriger Beschluss 23

"Die sozialen Ausgaben sind auf das tatsächlich Notwendige und Sinnvolle zu beschränken."

Der Änderungsantrag wird mit 13 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Änderungsantrag der GLP/EVP/die Mitte-Fraktion betr. bisheriger Beschluss 24

"Die Stadt fördert Hilfe zur Selbsthilfe, entsprechende Institutionen sind zu fördern."

Der Änderungsantrag wird mit 11 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.



Schlussabstimmung

Das Stadtparlament genehmigt die bereinigten Grundsatzbeschlüsse des Stadtparlaments für die Legislatur 2022/2026 mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen.

Die Grundsatzbeschlüsse treten nach Ablauf der Rekursfrist per 1. Juli 2022 in Kraft.

Traktandum 5

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Es gibt keine Fragen an die Kommissionen oder an den Stadtrat.

Traktandum 6

Diverses

Laura Hartmann: "Ich möchte auf die Einladung für das Ratsherrenschiesen aufmerksam machen. Alle, die daran interessiert sind mitzuschiesen und nicht wissen, ob sie eine Gruppe bilden können oder nicht, können gerne auf mich zukommen. Ich kann auch ein Training organisieren, um für diesen Anlass zu trainieren. Dies für alle, die nicht vor Ort zum ersten Mal schiessen möchten."

Samuel Lienhart: "Ich möchte kurz informieren, dass Dominik Berner von mir das Fraktionspräsidium übernommen hat."

a) Stadtrat Ruedi Menzi: Vorstellung Alterskonzept 2022-2028

Stadtrat Ruedi Menzi: (Präsentation Beilage 2) "Ich bin erleichtert, dass das Alterskonzept auch mit den neuen Grundsatzbeschlüssen kompatibel ist und nicht umgeschrieben werden muss. Auf dem Tisch haben Sie einen Kurzbericht in schriftlicher Form, den Sie in Ruhe durchlesen können. Es gibt auch einen ausführlichen Bericht mit Ist-Zustand, Ausgangslage sowie dem Weg, wie wir auf die vorliegenden Resultate gekommen sind. Zuerst einen herzlichen Dank an alle Beteiligten, die an diesem



Alterskonzept mitgearbeitet haben. Die Projektgruppe hat die Hauptarbeit geleistet und ich möchte diese namentlich erwähnen: Frauke Böni (Gemeinnütziger Frauenverein), Vroni Strasser (Nachbarschaftshilfe), Maya Pfändler (Katholische Kirche), Doris Haab (Reformierte Kirche), Tanja Hänsel (Anlaufstelle 60 plus), Nermin Daki (Stiftung Region Alterszentrum Bülach), Michael Reutemann (Vertreter der Ärzte). Die Steuerungsgruppe hat die Leitung übernommen und ich möchte auch diese Personen namentlich erwähnen: Theresa Zaugg (IG Alter), Yvonne Waldboth (Kommission Bildung & Soziales), Maya Nagel (Externe Moderatorin), David Bär (Externer Moderator), Marcel Peter (Gesamtprojektleiter), Raphi Gubser (Projektleiter der Stadt Bülach), Ruedi Menzi (Verantwortlicher aus dem Stadtrat). Es haben über 30 Prozent der Bülacherinnen und Bülacher über 55 Jahren an der Umfrage teilgenommen und weitere Teilnehmende bei den Quartierrundgängen. Die Grundlage bildet das aktuelle Alterskonzept aus dem Jahr 2009 sowie das Altersleitbild 2002. Das neue Altersleitbild 2020 wurde zusammen mit den Gemeinden Bachenbülach und Hochfelden erstellt. Aufgrund der grossen Differenzen zwischen den Gemeinden haben wir das neue Alterskonzept nun alleine erstellt. Das Ergebnis, welches heute vorliegt, wurde mit Einbezug verschiedener Institutionen, einer repräsentativen Umfrage mit 6500 Fragebögen (Rücklauf über 2000), 4 Quartiersspaziergängen mit insgesamt 60 Teilnehmern sowie einem Workshop erstellt. Es wurde auch viel über den Verkehr gesprochen, die Einführung von Tempo 30 in den Quartieren sowie den Lärm. Diese Informationen haben wir eingebracht für das Verkehrskonzept. Alle wichtigen Akteure wurden zum Abschluss an einen Resonanzworkshop eingeladen. Aufgrund der Pandemie musste einiges digital abgehalten werden. Was kam dabei heraus? Es wurden acht Handlungsfelder sowie Querschnittsthemen definiert, die Sie der Präsentation entnehmen können. Ein grosses Thema ist das Wohnen, sei es Zuhause, in den Zwischenformen und im Pflegeheim. Hier gibt es verschiedenste Varianten, die heute schon bestehen und gefördert werden sollten. Eine grosse Herausforderung ist die Suche nach bezahlbarem, günstigem Wohnraum, insbesondere im privaten Bereich. Die bestehenden Wohnungen vom Tertianum mit 60 Alterswohnungen und 40 Pflegeplätzen teils mit Dienstleistungen kosten zwischen Fr. 2000 und Fr. 3000 für eine 2 1/2-Zimmer bis 3 1/2-Zimmer Wohnung. Dies ist bezahlbar, aber ob es auch günstig ist, ist eine andere Frage. Hier besteht sicher Handlungsbedarf. Es gibt Möglichkeiten, Bülach hat die Genossenschaft für Alterswohnungen. Diese wurde in den 1950er Jahren von den Bülacher Firmen gegründet, um für ihre Mitarbeitenden nach der Pension günstige Wohnungen zu haben. In den letzten Jahren sind immer mehr Mitglieder ausgeschieden. Wir als Stadt haben den grössten Anteil am Genossenschaftskapital, aber wie es in Genossenschaften üblich ist, nur eine Stimme. Nun konnte die Öffnung für private Mitglieder, die den Gedanken für günstiges Wohnen im Alter teilen, beschlossen werden. Ich bin überzeugt, dass wir hier ein interessantes, ausbaufähiges Projekt haben. Beim Wohnen im Alters- und Pflegeheim gibt es verschiedenste Stufen und Varianten. Hier sind wir unseres Erachtens in der Stadt Bülach gut aufgestellt. Im öffentlichen Raum ist klar, dass wir das Augenmerk vermehrt auf barrierefreies Bewegen



legen. Erschwernisse durch hohe Randsteine sollen zum Beispiel minimiert werden. Die Hilfe, Betreuung und Pflege aus einer Hand möchten wir mit Unterstützung der neuen Technologien fördern. Selbstverständlich gehören auch genügend Fachkräfte zur Sicherstellung der Dienstleistungen dazu. Leben und Sterben sind auch ein Thema, hier gibt es verschiedene Angebote. Ein wichtiger Punkt ist auch die Frage, wie Angehörige unterstützt und entlastet werden können. Im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung könnte man ebenfalls einiges machen. Grundsätzlich ist jeder für sich selber verantwortlich, aber es braucht Impulse und Angebote wie z. B. das neue Angebot "zäme go laufe Ü65". Die Koordination und Vernetzung aller Angebote muss sichergestellt werden. Auch die soziale Teilhabe ist sehr wichtig, die fehlenden Quartiertreffs wurden öfters erwähnt. Bezüglich der kulturellen Vielfalt im Alter ist in Bülach sicher auch noch das eine oder andere zu machen. Das Monitoring unserer Ziele möchten wir laufend abbilden und regelmässig informieren. Dies gilt auch für den wichtigen Punkt "Pflegerversorgungsstrategie", die wir mit den Kreisgemeinden plus Glattfelden erarbeitet haben, aber nur von Bülach umgesetzt wurde. Dieses Projekt möchte man gemeinsam wieder aufnehmen. Dies waren die acht Handlungsfelder, die in den nächsten sechs Jahren angepackt werden sollten. Wir haben die Zeitspanne 2022–2028 bewusst so gelegt, weil wir diese nicht zu lange definieren wollten. Wir sind gespannt was in den sechs Jahren umgesetzt werden kann und möchten danach eine Zwischenbilanz ziehen, um das weitere Vorgehen neu zu definieren. Zudem war es uns wichtig, diese wichtige Standortbestimmung nicht auf den nächsten Legislaturwechsel anzusetzen. Es geht im nächsten Halbjahr darum, die Massnahmen zu definieren und ein 6-Jahres-Massnahmenplan aufzustellen. Dafür wird es im Budget 2023 finanzielle Ressourcen benötigen, die im Parlament hoffentlich Zustimmung finden. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung."

Reto Zumstein: "Wie ist der Umgang mit Sterbehilfeorganisationen in den städtischen Pflegeheimen?"

Stadtrat Ruedi Menzi: "Ich weiss nicht, wie offen das ist. Wenn Herr Nermin Daki dazu Auskunft geben kann, wäre ich ihm dankbar."

Nermin Daki, Stiftung Region Alterszentrum Bülach: "In der Stiftung Alterszentrum Bülach ist Exit an allen Standorten zugelassen."

Stadtrat Ruedi Menzi: "Bezüglich Ukraine-Krise kann ich noch informieren, dass aktuell ca. 115 Personen in Bülach sind. Die Hälfte davon ist am Müliweg untergebracht, die andere Hälfte privat. Das Zentrum füllt sich und wir werden wohl, wenn die Situation so bleibt, weitere Plätze schaffen müssen."



Romaine Rogenmoser: "Wie sieht es aktuell in der Kaserne aus?"

Stadtrat Ruedi Menzi: "Die Kaserne ist zur Zeit leer und wird wieder vom Militär genutzt."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtparlament unter dem Traktandum Diverses.

Informationen des Vorsitzenden

Parlamentsausflug 2022

Das Datum ist noch nicht definitiv und wird so bald als möglich bekannt gegeben.

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 14. März 2022 sind bis heute keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am 19. April 2022, die Referendumsfrist läuft noch bis am 17. Mai 2022.

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 11. April 2022 sind bis heute keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft bis und mit heute, 16. Mai 2022.

Rechtsbelehrung

Gegen die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte gibt es keine Einwände aus dem Stadtparlament.

Die Sitzung ist somit geschlossen. Ende der Sitzung: 20:55 Uhr.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 16. Mai 2022



Bülach, 3. Juni 2022

Für die Richtigkeit:

Nathalie Zollinger
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Philemon Abegg
Parlamentspräsident

Thomas Obermayer
1. Vizepräsident

Stephan Ziegler
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung

16.04.24/15.04.30

**Anfrage von Parlamentarier Matthias Maag betreffend Kosten Strafverfahren Roland Engeler/Daniel Wülser und Hanspeter Lienhart gegen Stefan Basler
Antwort des Stadtrats**

Anfrage von	Parlamentarier Matthias Maag
Datum der Anfrage	03. März 2022
Datum der Verlesung im Parlament	14. März 2022
Frist zur Beantwortung (Art. 48 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtparlaments)	14. Mai 2022
Vorletzte Sitzung vor Fristablauf	20. April 2022
Letzte Sitzung vor Fristablauf	04. Mai 2022

Wortlaut der Anfrage:

Begründung: Da Roland Engeler, Leiter Bevölkerung und Sicherheit, in Sachen Strafanzeige wegen übler Nachrede die wiederholte Beschwerde beim Obergericht nun privat weiter finanziert, ist mit der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland vom 14.01.2022 der Fall für die Stadt Bülach finanziell abgeschlossen. Vor einiger Zeit hatte schon Stadtrat Hanspeter Lienhart ein Strafverfahren gegen Stefan Basler angestrengt, das aber rechtskräftig eingestellt wurde.

Fragen:

1. Welche genauen finanziellen Kosten (Verfahrenskosten, Anwaltskosten, etc.) sind der Stadt Bülach im Strafverfahren Engeler/Wülser entstanden?
2. Wieso wurden schon anfangs teure Anwälte beigezogen, obwohl eine Anzeige auf einem Polizeiposten vom Privatkläger selbst aufgegeben werden kann?
3. Warum wurde keine deutlich günstigere, aussergerichtliche Einigung angestrebt oder den Gang vor den Friedensrichter erwogen?
4. Was unternimmt die Stadt Bülach, um ähnliche Angelegenheiten in Zukunft möglichst kostenneutral zu lösen?
5. Übernahm die Stadt Bülach auch Kosten im Strafverfahren von Stadtrat Hanspeter Lienhart gegen Stefan Basler? Wenn ja, wie hoch waren diese?
6. Findet der Stadtrat Strafverfahren eine sinnvolle Kommunikationsform im politischen Prozess?»



Die Anfrage wurde dem Ressort Politik und Präsidiales unter Mitwirkung des Ressorts Bevölkerung und Sicherheit zur Beantwortung zugewiesen. Die Antwort liegt heute vor.

Der Stadtrat **beschliesst**:

1. Die Anfrage von Parlamentarier Matthias Maag betreffend Kosten Strafverfahren Roland Engeler/Daniel Wülser und Hanspeter Lienhart gegen Stefan Basler wird wie folgt beantwortet:

1. *Welche genauen finanziellen Kosten (Verfahrenskosten, Anwaltskosten, etc.) sind der Stadt Bülach im Strafverfahren Engeler/Wülser entstanden?*

Insgesamt wurden Fr. 9 026.25 für die Interessensvertretung und Verfahrenskosten von Roland Engeler aufgewendet. Eine vom Obergericht verlangte Kautions im Umfang von 2 000 Franken zwecks Antrags auf Rückweisung an die Staatsanwaltschaft wurde vollumfänglich zurückerstattet. Es sind für die Stadt keine weiteren Prozesskosten entstanden.

2. *Wieso wurden schon anfangs teure Anwälte beigezogen, obwohl eine Anzeige auf einem Polizeiposten vom Privatkläger selbst aufgegeben werden kann?*

Grundsätzlich wurden zwei mögliche Vorgehensweisen gegeneinander abgewogen:

- 1) Eine Anzeige wegen Ehrverletzung in Persona bei der Kantonspolizei oder
- 2) Das Einholen einer Einschätzung durch einen auf Strafrecht spezialisierten Juristen, um gestützt darauf das weitere Vorgehen zu bestimmen.

Die Stadt erachtet das gewählte Vorgehen mit vorgängiger Prüfung durch einen spezialisierten Anwalt als den zielführenderen Weg. Dadurch kann einerseits vermieden werden, dass eine Anzeige vorschnell, aus einer emotionalen Reaktion, getätigt wird. Andererseits ergeben sich, im Falle einer positiven Einschätzung des Anwalts, prozessuale Vorteile, da dieser bei der Staatsanwaltschaft direkt Anzeige wegen eines Ehrverletzungsdelikt erstatten kann.

3. *Warum wurde keine deutlich günstigere, aussergerichtliche Einigung angestrebt oder den Gang vor den Friedensrichter erwogen?*

Der Friedensrichter ist gemäss eidgenössischer Zivilprozessordnung (ZPO) Schlichtungsbehörde und Mitglied der Gerichtsbehörde auf Gemeindeebene. Der Friedensrichter ist jedoch nicht zuständig für Ehrverletzungsklagen: Diese sind bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anhängig zu machen.



Eine aussergerichtliche Einigung hätte von der Staatsanwaltschaft angestrebt werden können, z. B., indem der Rückzug der Strafanzeige ausgehandelt worden wäre. Dies ist jedoch nicht geschehen. Indes hat die Staatsanwaltschaft vorerst auf die Nichtanhandnahme entschieden. Dieser Entscheid wurde durch das Obergericht kassiert und die Anzeige zur Behandlung an die Staatsanwaltschaft zurückgewiesen.

4. *Was unternimmt die Stadt Bülach, um ähnliche Angelegenheiten in Zukunft möglichst kostenneutral zu lösen?*

Die Stadt prüft immer verschiedene Optionen, um Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten oder ungerechtfertigte Angriffe auf ihre Mitarbeitenden prozessökonomisch sinnvoll anzugehen, zielführend beizulegen und eine für möglichst alle involvierten Parteien tragfähige Lösung zu finden. Die Vermeidung von nicht zwingend notwendigen Auslagen ist ein wichtiges Element bei solchen Abwägungen, welchem stets hohe Beachtung geschenkt wird.

5. *Übernahm die Stadt Bülach auch Kosten im Strafverfahren von Stadtrat Hanspeter Lienhart gegen Stefan Basler? Wenn ja, wie hoch waren diese?*

Nein, die Kosten wurden durch den Kläger privat getragen.

6. *Findet der Stadtrat Strafverfahren eine sinnvolle Kommunikationsform im politischen Prozess?*

Der Stadtrat erachtet den Dialog als zielführende Kommunikationsform. Gleichzeitig will er auf vermeintlich strafrechtlich relevante Handlungen mit adäquaten Mitteln reagieren.

Ein Strafverfahren ist aus der Sicht des Stadtrats keine Kommunikationsform. Die sehr seltenen Fälle in den letzten Jahren belegen klar, dass ein Strafverfahren die Ausnahme und keine Regel bildet. Der Stadtrat behält sich je nach Sachlage vor, das aus seiner Sicht sinnvollste Vorgehen zu wählen. Das kann in speziellen Fällen wie der hier vorliegenden üblen Nachrede auch ein Strafverfahren sein. Damit will der Stadtrat sowohl den Schutz seiner Mitglieder als auch der Verwaltungsangestellten vor ungerechtfertigten Angriffen sicherstellen.

2. Mitteilung an:

- a) Werner Oetiker, Parlamentspräsident, via Parlamentssekretariat
- b) Mitglieder des Parlaments, via Parlamentssekretariat
- c) Nathalie Zollinger, Parlamentssekretärin
- d) Mitglieder des Stadtrats

Protokoll Auszug



Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 101

Sitzung vom 6. April 2022

- e) Mitglieder der Geschäftsleitung
- f) Medien
- g) Abonnenten für Parlaments-Drucksachen

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber



Alterskonzept 2022 – 2028

Leben im Alter – gestalten und teilhaben

Rudolf Menzi, Stadtrat Soziales und Gesundheit



Agenda

- Der Weg zum neuen Alterskonzept
- Handlungsfelder und Ziele
- Erreichung der Ziele





Der Weg zum neuen Alterskonzept

- Aktuelles Alterskonzept aus 2009 / Altersleitbild aus 2002
- Neues Altersleitbild 2020 mit Gemeinden Bachenbülach und Hochfelden
- Erarbeitung des Alterskonzept 22 – 28 für Bülach



Dauer: Dezember 2020 bis Mai 2022

Miteinbezug und Mitwirkung:

- Einbezug relevante Akteure und Personen in Projektorganisation
- Repräsentative Bevölkerungsumfrage (Mai 21)
- Vier Quartiersspaziergänge (Sept. 21)
- Resonanzworkshop (Feb. 22)



Grösste Herausforderung:

- Auswirkungen und Möglichkeiten der Partizipation aufgrund der Pandemie

... die junge alte Stadt



Ergebnis



Wohnen im Alter und altersgerechte Lebensräume

Handlungsbedarf	Strategische Ziele: Bülacherinnen und Bülacher 60+ ...
Wohnen im Privathaushalt zu Hause	...leben im Alter selbstständig und solange sie es wünschen, zu Hause oder in einer anderen altersgerechten Wohnform.
Wohnen in intermediären Wohnstrukturen	...erhalten in Einrichtungen des gemeinschaftlichen Alterswohnens Wohn <i>plus</i> -Dienstleistungen oder gleichwertige Angebote. ...finden bezahlbaren Wohnraum. Temporäre Tages- und Nachtstrukturen sind vorhanden.
Wohnen im Alters- und Pflegeheim	...erhalten für verschiedene stationäre Pflege- und Betreuungswohnformen eine bedarfsgerechte, anregende und gesundheitsfördernde Wohn- und Sozialumgebung.
Unterwegs im öffentlichen Raum	...bewegen sich in barrierefreien und sicheren öffentlichen und sozialen Räumen, die quartierbezogene Treffpunkte und Dienstleistungen bieten.



Hilfe, Betreuung und Pflege «aus einer Hand»

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
Hilfe, Betreuung und Pflege	<p>Für die ältere Bevölkerung in Bülach sowie zur Entlastung von Angehörigen bestehen differenzierte intermediäre Betreuungs- und Pflegeangebote.</p> <p>Es bestehen bedarfsgerechte, durch neue Technologien unterstützte Dienstleistungen für die Hilfe, Betreuung und Pflege von älteren Menschen.</p> <p>Die fachlichen und personellen Voraussetzungen für die Versorgung von älteren Menschen mit Demenz, psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen oder speziellen kulturbedingten Bedürfnissen sind gegeben.</p>
Koordination	<p>Ein koordiniertes, quartiernahes Angebot von Hilfe, Betreuung und Pflege sichert die ambulante und stationäre Bedarfsabdeckung.</p> <p>Sowohl städtisch als auch regional verfügbare Partner/-innen sind in die Planung und in die Realisierung der Gesamtversorgung einbezogen.</p>
Leben und Sterben, Tod	<p>Unheilbar kranke und sterbende Menschen sowie ihre Angehörigen erhalten die adäquate Beratung, Betreuung, Hilfe, medizinische Unterstützung und Pflege für die jeweils individuelle Situation.</p>

Betreuende und pflegende Angehörige

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
<p>Unterstützung, Entlastung und Beratung von Angehörigen</p>	<p>Betreuende und pflegende Angehörige erhalten wirksame Unterstützung, Entlastung und Beratung für ihre Tätigkeit.</p> <p>Fachpersonen, Arbeitgebende, Politikerinnen und die breite Öffentlichkeit sowie Betroffene selbst sind für die Situation der betreuenden Angehörigen sensibilisiert.</p>



Prävention und Gesundheitsförderung

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
Krankheiten vorbeugen, persönliche Gesundheit fördern und erhalten	Bedarfsgerechte Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen den Verbleib am selbstgewählten Wohnort. Der niederschwellige Zugang zu Informations- und Bildungsangeboten ist gewährleistet.



Information, Beratung und Koordination

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
Informations- und Koordinationsdrehscheibe	<p>Eine städtische, mit allen relevanten Anbietern vernetzte Stelle organisiert die Informationen sowie die Koordination von personenbezogenen Leistungen und Beratungen.</p> <p>Die aufsuchende Beratung ist sichergestellt.</p>
Vernetzte Zusammenarbeit	<p>Die professionellen, zivilgesellschaftlichen und freiwilligen Anbieter kennen sich gegenseitig. Sie koordinieren und vernetzen ihre Dienstleistungsangebote.</p>

Soziale Teilhabe, helfen und mitgestalten

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
<p>Gemeinschaft erleben, freiwillig mithelfen und teilhaben</p>	<p>Neue altersspezifische Bildungs- und Bewegungsangebote unterstützen ein lebenswertes Älterwerden.</p> <p>Der Zugang und die Information zu altersgerechten Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten sind vorhanden.</p> <p>Das freiwillige Engagement und die Mitsprache im Alter und für das Alter werden gefördert.</p> <p>Kleinräumige, quartierbezogene Veranstaltungen und Angebote mit niederschwelligem Zugang sind vorhanden.</p>



Kulturelle Vielfalt im Alter, Migration

Handlungsbedarf	Strategisches Ziel
Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund	Die spezifischen Bedürfnisse der älteren Migrationsbevölkerung sind erkannt. Es bestehen Angebote und Leistungen.



Steuerung, Monitoring und Qualitätssicherung

Handlungsbedarf	Strategische Ziele
Steuerung und Monitoring	Ein Steuerungs- und Monitoringsystem ermöglicht die Evaluation der vernetzten Gesamtleistungen, deren Wirksamkeit und Weiterentwicklung. Die Versorgungsstrategie für die stationäre und ambulante Pflege und Betreuung wird über die RAZA Region angestrebt.
Qualitätssicherung	Leistungsziele und Leistungsaufträge der Stadt Bülach fordern und fördern Anbieter von Dienstleistungen bei der Weiterentwicklung von Qualitätszielen.



Erreichung der Ziele

- Entwicklung eines Massnahmenplanes inkl. Priorisierung zur Erreichung der gesetzten Ziele bis Ende 2022
- Finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung der Massnahmen im Budget 2023 vorsehen.





Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit